



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 10. Wahlperiode, 1979-1980

03.02.1981 - Drucksache 10/421

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Antrag der Fraktion der CDU**Vorlage eines bremischen Sofortprogramms zum Wohnungsbau**

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein Sofortprogramm zum Wohnungsbau vorzulegen, durch das der Wohnungsneubau in verstärktem Umfange ermöglicht wird, um den seit Jahren ständigen Rückgang an fertiggestellten Wohnungen im Lande Bremen zu stoppen.

Das Programm soll insbesondere Aussagen zur Lösung folgender Probleme enthalten:

1. Befriedigung des besonderen dringenden Wohnungsbedarfs
 - kinderreicher Familien,
 - Alleinstehender mit Kindern,
 - ausländischer Familien,
 - Alleinstehender, insbesondere Studenten.
2. Eindämmung der Umlandabwanderung, insbesondere durch Beschleunigung des vom Senat 1977 beschlossenen Eigenheim-Erschließungsprogramms, das bis zum Jahre 1985 zu erfüllen ist, statt es bis zum Jahre 1990 zu strecken.
3. Verstärkte Bereitstellung von Mitteln im 1. Förderungsweg für den sozialen Wohnungsbau zugunsten der einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten — mit Anspruch auf Vollförderung —.
4. Einleitung folgender Maßnahmen zur Erleichterung, Verbilligung und Finanzierung des Wohnungsbaus, wobei auf Bundesebene und im Bundesrat entsprechende Schritte gleichfalls zu unterstützen sind:
 - a) Einführung eines Sozialpfandbriefes im sozialen Mietwohnungsbau mit dem Ziel der Senkung von Fremdkapitalkosten.
 - b) Erhöhung der Abschreibungsgrenzen des § 7 b Einkommensteuergesetz und Weiterentwicklung mit einer familienpolitischen Komponente.
 - c) Wiederbelebung des freifinanzierten Wohnungsbaus; bei einer Novellierung der die Mietverhältnisse regelnden Gesetze soll im Rahmen der geltenden Mieterschutzgesetze das „Wohnrecht“ nicht angetastet werden. Statt dessen sind
 - das System der Staffelmiete als Übergangslösung einzuführen und
 - in den Kommunen Mietspiegel unter Beteiligung der Mieter- und Vermieterverbände aufzustellen.
 - d) Stärkere Mietzinsbelastung für diejenigen Mieter im sozialen Wohnungsbau, welche die Einkommensgrenzen des § 25 des II. Wohnungsbaugesetzes wesentlich überschreiten.
 - e) Vereinfachung der Gesetze und Vorschriften, insbesondere für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, so daß diese Maßnahmen kostengünstiger als bisher durchgeführt werden können.

- Insbesondere sind die Anforderungen beim Dachausbau, bei der Deckenhöhe, für Pkw-Abstellflächen, Souterrainwohnungen und Treppenaufgänge zu liberalisieren.
- f) Gewährung von Umzugsprämien für Mieter im sozialen Wohnungsbau, die eine große Wohnung räumen und in eine kleinere Wohnung ziehen wollen.
 - g) Beschleunigung der Bauleitplanung zur vermehrten Ausweisung von Bauland.
 - h) Verstärkte Bereitstellung von Bauland durch die Kommunen, um den explosionsartig gestiegenen Bodenpreisen entgegenzuwirken.
 - i) Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren, um insbesondere die anfallenden Zinskosten der Vor- und Zwischenfinanzierung für den Bauherrn zu senken.
 - j) Beschränkung auf einfache Erschließung, also in Gebieten mit reiner Wohnbebauung Verzicht auf breite Straßen, Rad- und Fußwege (verkehrsberuhigte Zonen) zur Senkung der hohen Kosten, die nach dem Separationsprinzip entstehen.
 - k) Einräumung der Möglichkeit an Mieter, „Rohbauwohnungen“ mit eigenen Mitteln — eventuell unter Verwendung von Bausparmitteln — auszubauen. Solche Hilfe soll durch Senkung der Mieten honoriert werden. Bei Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sollen den Mietern gleiche Möglichkeiten angeboten werden.
 - l) Angebot von Gruppen-Kleinsiedlungen im Rohbau zum Ausbau in Eigenhilfe unter besonderer Förderung von Siedlungsgemeinschaften.
 - m) Erleichterung der Privatisierung von Sozialwohnungen, damit Mieter zu günstigen Konditionen Wohneigentum erwerben können, durch Festsetzung der Zustimmungquote generell auf 50 %.
5. Durchführung einer umgehenden Totalerhebung (Volkszählung, Gebäude- und Wohnungszählung) zur Bereitstellung aktualisierten Datenmaterials, deren Kosten gerecht aufzuteilen sind.

Kudella, Neumann und Fraktion der CDU